

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags
betreffend
Industriestandort im Transformationsprozess stärken**

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie in Österreich und Europa im Zusammenhang mit der derzeitigen Ausgestaltung des EU-Emissionshandels (EU-ETS) gesichert bleibt.

Begründung

Die derzeitige Ausgestaltung des EU-Emissionshandels (EU-ETS) und das Auslaufen der Freizertifikate bergen die Gefahr, dass energieintensive Unternehmen aufgrund von steigenden Kosten für Emissionszertifikate über weniger Investitionskapital für den Ausstieg aus fossilen Energieträgern verfügen oder sich klimaschädliche Produktion verlagert und aus Europa abwandert (Carbon leakage).

Gerade Leitbetriebe wie die voestalpine AG in Oberösterreich zeigen einen Weg, wie die industrielle Elektrifizierung in Europa gelingen kann. Der in Bau befindliche Elektrolichtbogenofen soll die Gesamtemissionen Österreichs um fünf Prozent senken. Solche Großinvestitionen stärken den Wirtschaftsstandort und leisten einen gewichtigen Beitrag zum Erreichen der nationalen Klimaziele. Dennoch muss der Linzer Konzern laut geltendem EU-ETS mit zusätzlichen Kosten von ein bis zwei Milliarden Euro bis 2030 rechnen.

Vor dem Hintergrund der globalen sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Umbrüche findet eine intensive Diskussion über die strategische Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft statt. Die Europäische Kommission hat am 11. Mai 2026 aktualisierte Benchmarks vorgelegt, die weiter Freizertifikate für die europäische Industrie vorsehen und starke Anreize für effiziente Industrieanlagen enthält. Aktuell arbeitet die EU intensiv an Reformplänen für den Emissionshandel, die noch im Juli 2026 präsentiert werden sollen. Einen

möglichen Weg könnte eine Regelung darstellen, wonach Unternehmen, welche die Dekarbonisierung aktiv vorantreiben, gezielt gestärkt werden.

Linz, am 6. Juli 2026

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Schaller, Heitz, Wahl, Antlinger, Haas, Höglinger, Margreiter, Knauseder, Engleitner-Neu, P. Binder, Strauss

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Angerlehner, Ecker, Grünberger, Staudinger, Gschwandtner, Nell, Mader

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Dim, Graf, Handlos, Schießl

(Anm.: Fraktion der Grünen)

Engl

(Anm.: NEOS-Fraktion)

Eypeltauer